

Forderungspapier des Deutschen Pflegerats
zur Bundestagswahl 2025

Profession Pflege braucht eine Zukunft – jetzt handeln!

Deutscher Pflegerat e.V.

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege-
und Hebammenwesen

Präambel

Die Pflegeprofession ist ein zentraler Stützpfeiler unseres Gesundheitssystems, steht aber unter massivem Druck. Fachkräftemangel, hohe Arbeitsbelastung und steigende Kosten gefährden die Versorgungssicherheit von Patient:innen und Menschen mit Pflegebedarf und stellen ihre An- und Zugehörigen vor immense Herausforderungen. **So kann es nicht weitergehen.**

Beruflich Pflegende sind das Rückgrat des Gesundheitswesens, doch ihre Kompetenzen, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsrechte werden nach wie vor oft vernachlässigt. **Die Bundestagswahl 2025 bietet die Chance, die Pflege zukunftsfähig zu gestalten.** Die Politik muss Verantwortung übernehmen und Lösungen für **bessere Arbeitsbedingungen, weniger Bürokratie und innovative Versorgungsmodelle** vorlegen.

Bildung, Selbstverwaltung und Handlungsautonomie der Pflegeprofession müssen im Fokus der politischen Agenda stehen. Sofortige mutige Entscheidungen und deren sofortige Umsetzung sind nötig, um die Pflegeberufe zu stärken und ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft und Demokratie gerecht zu werden. **Denn eines ist sicher: Jeder Mensch ist in seinem Leben auf Pflege angewiesen.**

Dieses Forderungspapier basiert auf der Analyse der Wahlprogramme der Parteien und den zentralen Forderungen des Deutschen Pflegerates. Es zeigt, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Pflegeberufe langfristig zu stärken und die Gesundheitsversorgung in Deutschland zukunftssicher zu gestalten.

Jetzt ist die Zeit zu handeln – für eine starke Pflegeprofession, für ein gesundes Morgen.

1. Pflegekompetenzgesetz: Autonomie und Verantwortung der Pflegeprofession stärken

Die Handlungskompetenzen der Pflegefachpersonen müssen souverän erweitert werden. Es bedarf einer gesetzlichen Grundlage, die:

- Pflegefachpersonen ermöglicht, diagnostische und therapeutische Maßnahmen im Rahmen Ihrer Qualifikationen selbstständig auszuführen
 - Pflegefachpersonen befähigt, in interprofessionellen Teams auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsberufen zu arbeiten
 - klare Zuständigkeiten und selbstständige Entscheidungsspielräume für beruflich Pflegende festlegt
 - Community Health Nurses (CHN) und Advanced Practice Nurses (APN) rechtlich absichert und deren Arbeitsfelder ausbaut.
- **Politische Forderung:** Die Parteien müssen sich klar zur Einführung eines Pflegekompetenzgesetzes bekennen, das die selbstständige und eigenverantwortliche Berufsausübung stärkt.

2. Einheitliche Bildungsstandards in der Pflegeprofession sicherstellen

Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in Bezug zur Berufszulassung bzw. -ausübung sorgt für unterbrochene Karrierewege und Bildungsqualitäten. Die Pflegeberufe brauchen einheitliche, hochqualifizierte Bildungsangebote:

- Bundesweit anerkannte einheitliche Bildungsabschlüsse für Pflegefachpersonen, Pflegeassistentenberufe und akademische Pflegeberufe
- Ausweitung der Pflegewissenschaft als zentraler Bestandteil der Gesundheitsforschung

- Förderung von Pflegelehrstühlen und einer einheitlichen Finanzierungsstrategie für hochschulische Pflegeausbildung
- Verbesserte Praxisanleitung und angemessene Ausbildungsvergütungen, um Abbruchquoten zu senken.
- **Politische Forderung:** Die Bundesregierung muss verbindliche Bildungsstandards und eine nachhaltige Ausbildungsfinanzierung sicherstellen.

3. Personalbemessung gesetzlich verankern – flächendeckend und refinanziert

Pflegequalität hängt von einer bedarfsgerechten Personalbesetzung ab. Die aktuelle Situation gefährdet Patient:innen sowie Menschen mit Pflegebedarf und überlastet das Personal. Die Bundesregierung muss:

- Pflegepersonalbemessungsinstrumente in allen Settings verbindlich und vollständig refinanziert umsetzen
- Personalschlüssel in allen Settings bedarfsgerecht anpassen
- Verbindliche Regelungen auch für die ambulante Langzeitpflege festlegen
- Pflegepersonalbemessung im Rahmen einer verstetigten institutionellen Einrichtung wissenschaftlich weiterentwickeln, um Versorgungsqualität langfristig zu sichern.
- **Politische Forderung:** Pflegepersonalbemessung muss gesetzlich verankert und refinanziert werden – bundesweit und sektorenübergreifend.

4. Public Health und neue Versorgungsmodelle als Chance nutzen

Die Gesundheitsversorgung muss weg von der reinen Akutversorgung hin zu präventiven und gemeindenahen Ansätzen. Daher fordern wir:

- Einführung und Förderung von Primärversorgungszentren, geleitet durch Community Health Nurses (CHN)
- Systematische Einbindung von Pflegefachpersonen in kommunale Gesundheitsplanung
- Entwicklung eines Public-Health-Masterplans mit pflegerischer Beteiligung
- Integration präventiver Pflegeleistungen in das Regelversorgungssystem.
- **Politische Forderung:** Die Parteien müssen sich klar zur Förderung von Public Health und präventiven Pflegeansätzen bekennen.

5. Neue Berufsbilder in der pflegerischen Versorgung etablieren

Zukunftsfähige Gesundheitsversorgung braucht erweiterte Rollen für Pflegeberufe. Notwendig ist:

- Einführung der Community Health Nurse (CHN) als Schnittstelle zwischen medizinischer, pflegerischer Versorgung und Prävention
- Implementierung der Schulgesundheitspflege in allen Bundesländern und Schulen
- Aufwertung der Advanced Practice Nurses (APN) mit heilkundlichen Befugnissen
- Klar geregelte Karrierepfade für spezialisierte Pflegeberufe.
- **Politische Forderung:** Die Parteien müssen sich zur Einführung und rechtlichen Verankerung neuer Pflegeberufe bekennen.

6. Arbeitsbedingungen verbessern und Bürokratie abbauen

Gute Pflege braucht attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu gehören:

- Verbindliche Personalschlüssel und ein kompetenzorientierter Qualifikationsmix
- Erweiterte selbstständige Handlungskompetenzen
- Flexible Arbeitszeitmodelle und familienfreundliche Schichtsysteme
- Weniger Bürokratie durch digitale Dokumentation und KI-gestützte Prozesse
- Rückgewinnung ausgebildeter Pflegefachpersonen durch bessere Wiedereinstiegsprogramme
- Attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten
- Schutz vor Gewalt und Überlastung
- Mehr gesellschaftliche und politische Wertschätzung.

➤ **Politische Forderung:** Die Arbeitsbedingungen müssen schnell und gezielt verbessert werden.

7. Selbstverwaltung stärken

Die Pflegeprofession darf nicht mehr das Reserverad im Gesundheitssystem sein. Sie muss bei all den sie betreffenden Regelungen und Entscheidungen beteiligt werden und ist daher vollumfänglich in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens aufzunehmen. Um dies umzusetzen, muss

- die Vertretung der Pflegeprofession auf Bundesebene eindeutig geregelt und mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden
- die Politik im Bund und in den Ländern sich eindeutig zur Errichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern und im Bund bekennen.

➤ **Politische Forderung:** Politik braucht einen verlässlichen Ansprechpartner. Für die Pflegeprofession müssen die gleichen Rechte wie für alle Heilberufe gelten.

8. Digitalisierung ganzheitlich umsetzen

Die Digitalisierung ist eine der größten Zukunftschancen im Gesundheitswesen. Sie schafft Transparenz, Standardisierung, vereinfacht Prozesse und Strukturen und entbürokratisiert. Nötig ist:

- Aufbau und Anwendung einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur im gesamten Gesundheitswesen über alle Berufsgruppen hinweg
- Aufbau von einheitlichen, funktionierenden Schnittstellen
- Umsetzung einer Sicherheitsstruktur – auch bei Cyberangriffen
- Vollständige Sicherstellung der Finanzierung – auch in der Anwendung

➤ **Politische Forderung:** Die Digitalisierung im Gesundheitswesen muss erlebbar, anwendbar und umsetzbar gemacht werden.

9. Grundgesetz um das Grundrecht auf Pflege erweitern

Unser Grundgesetz steht in der Verpflichtung, uns als Bürger:innen und als Gesellschaft gleichermaßen zu schützen und unsere Rechte zu gewährleisten. Daher fordern wir

- die Parteien dazu auf, im Grundgesetz das Grundrecht auf eine gute pflegerische Versorgung und auf gute Rahmenbedingungen für Pflegenden zu verankern.

Fazit: Pflege braucht mutige politische Entscheidungen!

Beruflich Pflegende sind die Expert:innen in der pflegerischen Versorgung und müssen in den Fokus der Politik rücken. Durch die beschriebenen Maßnahmen können finanzielle und personelle Ressourcen freigesetzt werden, ohne beruflich Pflegende zusätzlich zu belasten. Dies gelingt allein durch die Nutzung bestehender Möglichkeiten.

Diese Maßnahmen müssen durch Prävention, frühzeitige Gesundheitsmaßnahmen, das Fach Schulgesundheits, Teilhabe und bauliche Maßnahmen ergänzt werden, um Pflege zu verhindern oder hinauszuzögern. Diese mittel- und langfristig guten Ansatzpunkte, um Gesundheits- und Pflegerisiken abzubauen, müssen genutzt werden.

Die Pflege in Deutschland kann nur gesichert werden, wenn pflegende An- und Zugehörige als gleichberechtigte Partner:innen in die Pflege, deren Planung und Steuerung einbezogen werden. Sie müssen selbstbestimmt und mitbestimmend agieren können.

Die Bundestagswahl 2025 muss ein Wendepunkt für die Pflege sein. Pflegefachpersonen sind hochqualifizierte Gesundheitsprofis. Sie verdienen Anerkennung, Kompetenzen und Arbeitsbedingungen, die unser Pflege- und Gesundheitssystem sicherer machen.

Deshalb fordern wir von der künftigen Bundesregierung:

- ✓ Pflegekompetenzgesetz: Autonomie und Verantwortung der Pflegeprofession stärken
- ✓ Einheitliche Bildungsstandards in der Pflegeprofession sicherstellen
- ✓ Personalbemessung gesetzlich verankern – flächendeckend und refinanziert
- ✓ Public Health und neue Versorgungsmodelle als Chance nutzen
- ✓ Neue Berufsbilder in der pflegerischen Versorgung etablieren
- ✓ Arbeitsbedingungen verbessern und Bürokratie abbauen
- ✓ Selbstverwaltung stärken
- ✓ Digitalisierung ganzheitlich umsetzen
- ✓ Grundgesetz um das Grundrecht auf Pflege erweitern

**Pflege ist existentiell für jede Gesellschaft und unsere Demokratie – jetzt ist die Politik gefragt!
Jetzt ist die Zeit zu handeln – für eine starke Pflegeprofession, für ein gesundes Morgen.**

Berlin, 31. Januar 2025

Kontakt

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Alt-Moabit 91
10559 Berlin

Tel.: + 49 30 / 398 77 303

E-Mail: info@deutscher-pflegerat.de

www.deutscher-pflegerat.de